

Danziger Zeitung.

Nr. 19425.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben- gespaltene gewöhnliche Schriftzeile über deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. März. (Privatelegramm.) Der „Nationalzeitung“ zufolge hat der Justizminister die Staatsanwälte angewiesen, Anklagen wegen Majestätsbeleidigung gegen die Presse nur nach vorherigem Bericht an ihn und nach seiner Genehmigung zu erheben. (Endlich doch etwas! D. R.)

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. März.

Bon der Ministerkrisis.

Während die clericale „Germania“ noch immer an der vergeblichen Hoffnung festhält, daß Graf v. Caprivi sich dem Grafen Beditz als „guter Kamerad“ erweisen und durch Bestehen auf seinem Entlassungsgesuch die Krisis wieder rücksichtig machen und das gefallene Volksschulgesetz wieder auf die Beine bringen werde, haben die Conservativen alle Illusionen verabschiedet. So wird uns heute telegraphiert:

Berlin, 22. März. (Privatelegramm.) In einer gestern abgehaltenen conservativen Versammlung äußerte sich Stöcker sehr scharf über die Schwäche der Regierung. Sie habe das Schulgesetz der allgemeinen Verachtung preisgegeben, sie hätte ihm wenigstens ein anständiges Begräbnis bereiten sollen.

Armer Stöcker! Wie traurig auch, das schon fast gar gegerbte Fell so jäh und rücksichtslos von der Fluth fortgerissen zu sehen! In gleicher Stimmung ist die „Kreuzzeitung“, welche nunmehr, wie schon erwähnt, den definitiven Rücktritt des Grafen Beditz sowie Caprivi's Verbleib als Katalysator und Rücktritt vom Ministerpräsidentenamt meldet und zähneknirschend einen Commentar hinzufügt, in welchem sie wieder auf die Rathgeber des Kaisers losschlägt, die diese Katastrophe verursacht haben; es heißt darin u. a.:

Es ist eine Heuchelei, wenn die „Post“ dem Kaiser allein die Initiative und damit die Verantwortung für die Vorgänge der letzten Tage zuschreibt. Wir bleiben dem gegenüber bei unserer Behauptung, daß unehrliche Rathgeber, die sich dem Monarchen als politische Reichtümer ausdrängen, den Kaiser über die wahre Lage und Stimmung im Lande getäuscht haben. Sie tragen die Verantwortung für die hoch bedauerliche Thatsache, daß in diesen Tagen die preußische Regierung vor dem Ansturm des neu-preußischen und süddeutschen Liberalismus in einer die Grundlagen des ganzen preußischen Staates entscheidend berührenden Frage kapituliert hat. Dass dabei auch sogenannte Conservativen beteiligt sind, indem sie dem Monarchen vorgelegen haben, daß selbst die conservative Fraktion des Abgeordnetenhauses nicht bereit sei, den Grafen Beditz unter allen Umständen zu unterstützen, ist leider Thatsache, kann aber an unserem Gesamtmuthweil nichts ändern. Wahr bleibt trotz allem und läßt sich aus der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses bezeugen, daß die Conservativen in dieser Frage recht eigentlich das Altpreußenthum gegenüber dem süd- und westdeutschen Liberalismus vertreten haben, und daß sie in dieser Vertretung nicht einen Augenblick ernstlich wankend geworden sind.

Doch gerade noch in den letzten Tagen ein gut-conservativer Mann wie Professor Treitschke in mehreren längeren Artikeln in der „Münch. Allg. Ztg.“ energisch Front gegen den Schulgesetzentwurf gemacht und es für „unziemlich für die conservativen preußischen Patrioten“ erklärt hat, mit dem Schulgesetz „das politische Testament Ludwig Windhorsts zu vollstreichen“, das scheint die „Kreuzzeitung“ nicht zu wissen. Ihre zornigen Expectorationen werfen jedenfalls ein helles Licht auf die düstere Stimmung, die in diesen aus allen ihren Himmelen gestürzten Kreisen herrschen. Die „Kreuzzeitung“ sieht natürlich in dieser Lösung der Krisis ein Verhängnis für Krone und Staat und ist entrüstet darüber, daß sogar conservative Männer dazu beigebracht haben, daß die preußische Regierung vor dem Ansturm des neu-preußischen und süddeutschen Liberalismus in einer die Grundlage des ganzen preußischen Staates entscheidend berührenden Frage“ kapituliert habe. Die „Kreuzzeitung“ hat ganz Recht. An der in der letzten Woche eingetretenen Wendung sind in erster Linie gut-conservative Männer beteiligt — man nennt u. a. den früheren Führer der conservativen Fraktion des Reichstages, Herrn v. Hellendorff-Bedra —, die sich in der „Kreuzzeitung“ als „unehrliche Rathgeber“ an den Pranger der

öffentlichen Meinung stellen lassen müssen. Diese sogenannten Conservativen haben also dem Kaiser „vorgesogen“, daß selbst die conservative Fraktion des Abgeordnetenhauses nicht bereit sei, den Grafen Beditz unter allen Umständen zu unterstützen! Nun, man wird ja nicht umhin können, der „Kreuzzeitung“ für ihre Wuthausbrüche mildernde Umstände zu erkennen, da die Enttäuschung, die ihr in Sachen des Schulgesetzes zu Theil geworden ist, eine außerordentlich schwere ist. Auf der anderen Seite wird man freilich den Conservativen sowohl wie dem Centrum die Lection, die sie soeben erhalten haben, gönnen, denn die Rücksichtslosigkeit und Siegesgewissheit, mit der sie in Sachen dieser Vorlage operiert haben, dürfte in der parlamentarischen Geschichte unerhört sein. Man muß nur wissen, daß der Urheber des Entwurfs, Graf Beditz, selbst von dem Gelingen des großen Werkes keineswegs so fest überzeugt gewesen ist, wie zu sein er sich den Anschein gegeben hat, wofür zuverlässige Zeugnisse vorliegen.

Wer die Erbschaft des Grafen Beditz antreten wird, darüber bleibt es so viel Meinungen wie Kopie. Wurden doch gestern in Berlin außer den von uns bereits Genannten sogar der frühere Minister, jetzt Oberpräsident von Pommern, v. Puttkamer, ferner der Oberpräsident v. Stadt, der Vicepräsident des Herrenhauses, Frhr. v. Manteuffel namhaft gemacht. Warum denn nicht auch Herr v. Gohler oder gar — der Altreichskanzler in Friedrichsrath? Einiges Sicherheit weiß man eben in dieser Beziehung noch durchaus nicht, und von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die folgenden uns heute zugegangenen Nachrichten zu betrachten:

Berlin, 22. März. (Privatelegramm.) Die „Nationalzeitung“ hält es keineswegs für ausgeschlossen, daß Herr v. Bötticher Ministerpräsident wird. Den „Hamburger Nachrichten“ wird gerüchtweise aus Berlin gemeldet, Miguel werde Ministerpräsident und Freiherr v. Manteuffel Cultusminister werden.

Es bleibt ferner auch abzuwarten, ob sich eine Angabe der „Polit. Nachr.“ bestätigt, welche dahingeht, daß die Bekanntgabe der königlichen Entscheidungen über die schwedenden geschätzteren sowohl wie persönlichen Fragen schon heute (Dienstag) zu erwarten steht.

Berlin, 22. März. (Privatelegramm.) An dem parlamentarischen Diner bei dem Grafen Ballerstrem nahmen, wie schon gemeldet, der Reichskanzler Graf Caprivi und Mitglieder verschiedener Partien, u. a. v. Bennigsen, v. Benda, Bamberger und Rickert Theil. Man nimmt allgemein an, daß ein Arrangement, welches das Verbleiben des Grafen Caprivi herbeiführt, zu Stande kommen wird.

Über die Nachwirkungen der Krisis führt das Organ der Freiconservativen, die „Post“, aus: Wenn auch das Scheitern des Schulgesetzes, abgesehen vom Centrum und der Kreuzzeitungspartei, ungeheilte Befriedigung hervorgerufen hat, so muß der Verlauf der ganzen Angelegenheit doch befremden und eine dauernde Verstimmung hinterlassen. Trotzdem der Träger der Arone weder die Einbringung der Vorlage wünschte, noch deren Forcierung gegen die Mittelpartei für zweckmäßig erachtet, traten der Reform-Minister wie auch der Ministerpräsident auf das entschiedenste hierfür ein. — Unbegreiflich sei das Verhalten der conservativen Partei; dauernd bleibe im Lande der Eindruck, daß dieselbe gewillt schien, mit Centrum und Polen ein Schulgesetz zu Stande zu bringen, das wichtige staatliche Rechte geopfert hätte. Dauernd bleibe ferner die Einbuße an Ansehen, welche das Staats-Ministerium durch den offensären Mangel an politischem Urtheil und an Doraussicht erlitten hat. Zu bedauern sei nur, daß sich ein hochbegabter Minister, wie es Graf Beditz ist, vorzeitig hierdurch unmöglich gemacht hat.

Die „Politischen Nachrichten“ suchen Del auf die Wunden des schwarzen Cartells zu ziehen und schreiben tröstend, nachdem sie an die Vorgänge bei dem Scheitern des Gohler'schen Schulgesetzentwurfs im vorigen Jahre erinnert:

Abgesehen davon, daß neben den in beiden Fällen beteiligten Conservativen, diesmal das Centrum, im

empfindungsvollen Poeten. Dieser, wir möchten sagen: lyrische Zug ist es auch, der ihn Gerra innerlich verwandt erscheinen läßt, nur daß er nicht so vielseitig ist wie dieser, sondern sich auf ein engeres Gebiet beschränkt.

Tiratelli malt Thiere in größter Vollendung und diese Thiere stellt er in eine Campagna- oder Berglandschaft von wunderbarem Reiz. Ueber seinen Gemälden liegt eine Naturschwung, die uns sofort gefangen nimmt. Vielleicht malen auch andere solche Thiere und Büffel und Pferde und Schafe, aber bei denen Tiratelli's überkommt uns sofort das Gefühl, daß sie so wie sie da sind, in ihre Umgebung hineingehören, daß sie aus der Landschaft hervorgegangen sind, die er darstellt. Hier steht ein alter Hirte und schaut, den Hund zu seinen Füßen, „an seinem Stabe gebogen“ hinab auf die jungen Schäfchen, die er in seine besondere Obhut genommen. Unten aber breitet sich, von uns nicht gesehn, nur gehant, das weite Hügelland der Campagna aus und am Horizont dehnt sich das blaue Meer. „Er denkt an seine eigene Jugend,“ sagte der Maler. „Er hat alles verloren, was ihm lieb war, nur sein treuer Freund, der Hund, ist ihm geblieben.“ Wir haben selten oder nie Bilder

voigen Jahre die Mittelparteien die Leidtragenden waren, gestaltet sich die Sache infolfern anders, als Herrn v. Gohlers Rücktritt äußerlich dem Verdacht auf die Vorlage voranging und somit dieser formell sehr erleichtert war. Dieser Unterschied ist aber rein rein äußerlich. Denn Herrn v. Gohlers Rücktritt hing ursächlich mit dem Entschluß zusammen, von der Durchführung des Volksschulgesetzes nach seinem Entwurf abzusehen.

Es geschieht daher heute dem Centrum nichts anderes als was den Mittelparteien im Vorjahr geschehen ist. Mithin hat das Centrum sich nicht mehr zu beklagen, als jene dazu Ursachen hatten, und es würde eine weder formell noch materiell berechtigte Überspannung der politischen Ansprüche bedeuten, wenn das Centrum trotz gleicher Verhältnisse eine abweichende Behandlung präzessieren wollte. Die Conservativen endlich sind beide Male in der gleichen Lage. Sie haben in diesem Jahr so wenig oder so viel Ursache zur Verstimming, wie im vorigen. Es ist daher gar kein Grund zu einer pessimistischen Aussicht. Wenn der erste Eindruck erst überwunden ist, dürfen die Gemüther auch in diesen beiden Parteien sich bald wieder beruhigen und die Dinge so ziemlich in dem alten Geleise weitergehen.

Dieser Trost wird freilich um so weniger verfangen, als er eine verzweigte Aehnlichkeit mit Ironie besitzt, und mit einer solchen gefiehlt den bisher so übermüthigen Herren Schulreactionären schon recht!

Auffällig bemerkte wird die reservierte Haltung, welche die „Hamburger Nachrichten“ gegenüber der gegenwärtigen Krisis beobachtet. Das Organ des Fürsten Bismarck schränkt sich in der Haupthandlung auf die Wiedergabe von Zeitungssummen und kurzen Nachrichten ohne Kommentar. Allerdings kann man zwischen den Zeilen wohl lesen, daß der Altreichskanzler den tertius gaudens spielt. Wiederholte hat er in den letzten zwei Jahren betont, daß er es sich nie nehmen lassen werde, seine Ansichten kundzugeben und seine warnende Stimme zu erheben, wenn er die Überzeugung habe, daß die Regierung auf falschen Wegen wandele. In Bezug auf das Volksschulgesetz hält er mit seiner Meinung nicht hinterm Berg; dagegen hält er sich seit dem Eintritt der Ministerkrisis in absolutes Schweigen. Letzteres dürfte er nun mehr brechen, seitdem es bekannt geworden, daß um einen Ausweg im Labyrinth zu finden, der Plan einer Trennung des Reichskanzlerpostens von demjenigen des preußischen Ministerpräsidenten ernstlich erwogen wird. Währer seiner Amtsführung hat Fürst Bismarck öfter Veranlassung genommen, über diese Personalunion sich zu äußern, und so darf angenommen werden, daß er den jetzigen Moment, wo es sich nicht bloß um theoretische Trörerungen handelt, sondern um ein in die Wirklichkeit überzuführendes Project, nicht vorübergehen lassen wird, ohne auf Grund seiner Erfahrungen sein Urtheil der Deßentlichkeit zu übergeben.

Im Vatican herrscht, wie ein Berichterstatter des „B. T.“ erfahren haben will, größte Bestärkung über die neue Wendung der Dinge in Deutschland. Die päpstlichen Nuntien zu München und Wien sollen Anweisungen erhalten haben, nach denen die Centrumspartei alles aufstellen solle, um den Sieg des Liberalismus bezüglich des Volksschulgesetzes zu verhindern. Auch Herr v. Gohlöer verweilt Sonntag außergewöhnlich lange im Vatican. Trotzdem verhehlen die vaticanischen Kreise nicht ihre Niedergeschlagenheit, sowie die lebhafte Erregtheit gegen die ausschlaggebenden Persönlichkeiten in Berlin.

Neue Ergebnisse des Systems Goden.

Unser colonialpolitischer Correspondent in Berlin schreibt uns:

Mit der neuesten Post aus Deutsch-Ostafrika sind mehrere Nachrichten von Bedeutung eingetroffen. Die erste ist die, daß, wie bereits telegraphisch kurz gemeldet wurde, der Vertreter Wissmanns in Ostafrika, Herr de la Tremore, der zugleich der Befehl desselben ist, aus der deutsch-ostafrikanischen Kolonie auf Anordnung des Gouverneurs Frhr. v. Goden ausgewiesen worden ist. Herr de la Tremore weilt vorher in Zanzibar und wurde dort, was wir im Interesse des Ansehens, das die Deutschen bisher dort bei den Engländern wie bei den Eingeborenen genossen haben, nur lebhaft bedauern können, wegen mehrfacher Ruhestörungen von den Engländern in eine Strafe von mehreren hundert Rupies genommen. Er hat dann auf dem Festlande, so wenigstens schreibt

gesehen, welche die Schäferden dieser Gegend und die weitverlassene Einsamkeit dieser Hirtenexistenzen so zur Anschauung brachten, wie die Tiratelli. Aber auch den Stier weiß er mit Poesie zu umgeben. Wir sahen einen soeben nach Chilien verkauften Tero auf der Staffelei, ein ganz prächtiges Bild, das bereits zum zweiten Male bestellt ist, ebenso den Kampf zweier Stiere, der uns spannte und fesselte. Von den noch im Studio vorhandenen Bildern möchten wir ein sehr großes Gemälde hervorheben, das im vergangenen Sommer in Paris prämiert worden ist. Es stellt einen hoch mit Heu beladenen Wagen vor, der von sieben Thieren, Pferden und Eseln gezogen wird. Die Sonne ist noch nicht aufgegangen, der Himmel beginnt aber schon sich zu lichten. Der erste Morgenhauch, die halbe Dämmerung sind ganz herrlich gemalt. Wir glauben sie zu sehen, zu fühlen, und je mehr wir uns in das Bild vertiefen, desto mehr gefällt es uns.

Leider sandte Tiratelli noch nie etwas nach Berlin, auch im vorigen Jahre nicht, da er zur Zeit nichts verfügbar hatte als dieses Gemälde, das ihm zu umfangreich schien, um es noch einmal zu verschicken. Er braucht sich eben nicht

man von dort, seine Umtreibe fortgesetzt, was den Gouverneur schon im Interesse seiner Stellung veranlassen mußte, ihn auszuweisen.

Nach Nachrichten aus Tanga ist dort der Reichscommisar Dr. Peters, der sich von seinem Malariaanfall vollständig wieder erholt hat, eingetroffen, nachdem er vorher die Plantage Lewa besucht hatte, die er in voller Blüthe fand. In Tanga traf er mit dem Gouverneur Frhr. v. Goden zusammen, der sich auf seinen Bericht hin sofort entschlossen hat, die bei Tanga belegenen Plantagen, insbesondere Lewa, zu besuchen. Während des Reichscommisariats des Herrn v. Wissmann hat weder dieser noch einer seiner Chefs es für angezeigt gefunden, den Erfolgen der dort arbeitenden Erwerbsgesellschaften größere Aufmerksamkeit zu widmen. Das hofft man wird unter Goden, namentlich im Interesse des deutschen Kapitals, das dort angelegt ist, besser werden. Uebrigens stellt sich jetzt heraus, daß der Sieg Arenzlers über die Wadiros nicht gerade sehr entscheidend war. Man hofft von dem Eingreifen Peters bezüglich der Verhügung der Wadiros bessere Resultate.

Erhebungen über Arbeitserlassungen.

Der „Aöln. Volksztg.“ zufolge werden bei den Industriewerken Erhebungen darüber angestellt, ob Arbeitserlassungen stattgefunden haben und in welchem Umfang, welcher Nationalität die entlassenen Arbeiter angehören, ob in der nächsten Zeit Entlassungen bevorstehen, ob Lohnreduktionen vorgenommen sind und in welchem Umfang.

Die Beschiebung eines preußischen Luftballons durch Russen.

Dieser Tage wurde bekanntlich mitgetheilt, daß bei Dombrowa von russischen Soldaten auf einen von Preußisch-Schlesien herübersiegenden Luftballon geschossen worden sei. Jetzt meldet auch ein Petersburger russisches Blatt in einer Correspondenz aus Wilna, daß vor einigen Tagen ein Offizier der Festung Rowno einen Luftballon bemerkte habe, welcher von der preußischen Grenze herübergekommen und längere Zeit über Rowno geschwommen habe. Der Commandant von Rowno — Rowno liegt bekanntlich nur mehrere Meilen von der ostpreußischen Grenze entfernt — ließ den Ballon beschließen. Da jedoch die Geschützkugeln so hoch nicht gingen, wurde eine Kanone herbeigeschafft. In diesem Augenblick stieg der Ballon wieder in die Richtung auf die preußische Grenze zu. Diese Episode erklärt der Wilnaer Correspondent der Petersburger „Narrows“ — denn an dieses Blatt war die Mitteilung geschickt worden — damit, daß Rowno seit 6 Jahren eine vorzügliche Festung sei. Die Deutschen interessierten sich in Folge dessen sehr für Rowno und da sie anders sich keine Einfahrt verschaffen könnten, bedienten sie sich der Luftballons, um mit Hilfe von Teleskopen diese Festung zu erforschen.

Die ganze Geschichte klingt so abenteuerlich, daß man wohl gut thun wird, sie dem Kapitel der Tatarenattacken einzubereilen.

Die Kasernirung der russischen Truppen an der galizischen Grenze.

Aus einer russischen Mittelstatte unweit der ostgalizischen Grenze wird dem Krakauer „Gazas“ geschrieben: Bei uns wurde das Militär neuerdings nicht verstärkt. Wir haben schon so viel hier, daß die Ernährung dieser Massen sich immer schwieriger gestaltet. Noch schlimmer allerdings steht es hinsichtlich der Kasernirung der Truppen aus. Bis jetzt sind diese in Sommer immer in Zeiten und im Winter in riesigen Holzbuden oder in sogenannten Erdwohnungen untergebracht worden. Letztere sind ungemein primitiv. Man gräbt nämlich bei Anlage dieser Erdwohnungen zunächst einen ziemlich tiefen Graben. Dann wird der Graben innen mit einem Weidenzaun ausgelegt und von demselben Material wird das Dach aufgestellt, das man alsdann mit Lehmb und Erde bewirft. Von einem Fußboden ist nicht die Rede, der Erdboden wird nur festgestampft. Während des Winters ist der Aufenthalt in solchen Erdwohnungen möglich, aber im Frühjahr und Herbst verwandelt sich eine solche Wohnung in einen übelriechenden Gumpf, worin es kein Pferd aushalten würde. Iwar sollen an der ostgalizischen Grenze für mehrere Millionen Rubel gut eingerichtete Kasernen gebaut werden, denn die Spitäler füllen sich immer mehr. Aber ehe diese

um seinen Ruhm zu bemühen. Ein Engländer hat vor einem Jahre sechs Bilder bei ihm bestellt, und nachdem einst eine seiner Arbeiten nach Chilien entführt worden, hat man dort so viel Geschmack an Tiratelli gewonnen, daß immer neue Aufträge von da eintreffen und man bereits eine Ausstellung seiner Gemälde zu irgend einem wohltätigsten Zweck veranstaltet hat.

Aurelio Tiratelli hat einen Sohn, Cesare, der ebenfalls Maler und Schüler seines Vaters ist und jetzt zum ersten Male ein größeres Bild vollendet hat, das sich auf der Stuttgarter Ausstellung befindet. Es stellt eine Tasse in einem kleinen Gebirgsort der Umgegend dar. Ein Aquarell des jungen Künstlers „Im Heiligthum“ war in München ausgestellt und stand dort viel Beifall. Der Vater schenkt sich über den Erfolg des Sohnes augenblicklich mehr zu freuen, als über die Anerkennung, die er selber findet. Wie sehr wünschten wir, daß diese Zeilen dazu beitragen möchten, den liebenswürdigen und hochbegabten Künstler auch in Deutschland bekannt zu machen.

neuen Kasernen fertig werden, durften noch viele russische Soldaten dem Typhus und anderen Krankheiten zum Opfer fallen, denn Krankheiten griffen unter den in den Erdwohnungen auf hältlichen Mannschaften in kaum glaublichen Maße.

Der Kaiser in Belgien

sieht man mit einer Beklemmung entgegen und man schikt sich zu umfassenden Vorsichts- und Schutzmaßregeln an. Wie aus Brüssel telegraphiert wird, hat gestern die Regierung beschlossen, zur Verstärkung der Garnison von Brüssel die Altersklasse 1888 der Miliz und für die Garnisonen in der Provinz die Altersklassen 1888 und 1889 zum 28. April einzuberufen.

Portugiesisches Finanzübereinkommen.

Wie aus Lissabon telegraphisch gemeldet wird, hat der portugiesische Finanzminister gestern den Entwurf eines Übereinkommens unterzeichnet, welches die Delegirten der auswärtigen Inhaber portugiesischer Staatsitres den bezüglichen Comités zu unterstellen haben werden. In dem Entwurf wird insbesondere eine Herabsetzung der Zinsen der auswärtigen Schulden auf 5% proc., welche in Gold zahlbar sind, festgelegt. Die Amortisation der amortisierbaren Schulden soll aufrecht erhalten bleiben, ebenso der Kapitalbetrag der Schulden, sowie eine Anleihe von 100 Millionen zum Zweck der Konsolidierung der schwedenden Schulden und zur Sicherstellung der Verzinsung der auswärtigen Schulden während zweier Jahre. Die Zollnahmen sollen für den Dienst der neuen Anleihe und der auswärtigen Schulden verwendet werden. Die neue Anleihe im Betrage von 100 Millionen soll in 15½ Jahren amortisiert werden. — Von dem Zustandekommen dieser Anleihe, der man wohl nirgends viel Vertrauen entgegenbringen wird, wird es abhängen, ob Portugals Staatsbankrott vollständig wird oder nicht.

In der italienischen Deputiertenkammer beantwortete gestern der Ministerpräsident di Rudini die Interpellation des Abg. Imbriani über die wirtschaftliche Lage, indem erklärte, dieselbe sei keine vorzügliche, aber das Ministerium sehe alle seine Kräfte ein, um dieselbe zu bessern. Er bitte Imbriani, in Beurteilung der Situation nicht zu überreiben, da gewisse Anklagen und Kritiken, obgleich sie unbegründet und übertrieben seien, dem Lande schaden könnten. Rudini schloss mit der Versicherung, daß Italiens auswärtige Politik und Italiens Bündnisse ihm nichts von seiner absoluten Unabhängigkeit nähmen. Imbriani erklärte sich nicht befriedigt und brachte einen bezüglichen Antrag ein, der nach Erledigung des Budgets berathen werden wird.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung vom 21. März.

1. Berathung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Gesetze betr. das Ruhegehalt der emeritierten Geistlichen und betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neu errungenen Provinzen.

Abg. Richter beantragt, die Berathung mit Rücksicht auf das Entlassungsgesuch des Cultusminister abzulegen. Die Abgs. Graf Limburg-Elster, Simon v. Jassow (cons.) und v. Heereman (Centr.) und der Minister Miquel wider sprechen dem, der letztere, um das Gesetz nicht zu verzögern. Abg. Richter beantragt, wenn der Antrag Richter abgelehnt wird, wenigstens nicht in die 2. Lesung einzutreten. Diesem Antrage tritt auch der Abg. Hochedt (nat.-lib.) bei.

Gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theiles der Nationalliberalen wird die Aussetzung der Berathung abgelehnt, ebenso gegen die Stimmen der Freisinnigen der Antrag, die Gegenwart der Minister zu verlangen. Dagegen wird gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theils des Centrums die Aussetzung der zweiten Berathung beschlossen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens König Georgs.

Abg. Richter: Mit dem Princip der Vorlage sind wir einverstanden. Daß die Gründe für die Beschlagnahme nicht mehr bestehen, haben wir schon früher mehrfach ausgeführt. Etwas anderes ist die Form, in welcher die Aufhebung der Beschlagnahme vorbereitet werden soll. Man hat allgemein angenommen, daß die Beschlagnahme unter Zustimmung der Landesvertretung aufgehoben werden soll. Ich weiß, aber nur eine Vollmacht für die Regierung verlangt die Beschlagnahme aufzuheben. Gründe dafür sind eigentlich nicht angegeben; diese Vollmacht ist zeitlich gar nicht limitirt. Die Vertrauensseligkeit, welche bei der Beschlagnahme des Welfenfonds herrschte, ist so herzlich geläuscht worden, daß es bedenklich ist, neue Vollmachten zu ertheilen. Der König Georg hat Staatsgelände mit nach England genommen, sie müssen an Preußen zurückstetet werden durch Anrechnung auf die Abfindung aus preußischen Staatsgeldern. Hierbei sind unsere Interessen mit denen der Staatsregierung gemeinsam. Aber das Haus hat auch ein Interesse der Staatsregierung gegenüber, nämlich bezüglich der Auseinandersetzung über die Revenuen. Für Bismarck hat erklärt, daß Ersparnisse nicht gemacht werden, dafür werde er sorgen. Graf Caprivi hat dagegen der Verwendung engere Grenzen geopen und es sind wohl Ersparnisse gemacht worden; es fragt sich, ob auf den Revenuen Verbindlichkeiten lasten, welche nicht ablaufen mit dem Tage der Aufhebung der Beschlagnahme. Es würde eine Restverwaltung des Repräsentationsfonds entstehen, die noch Jahre lang weitergeführt würde. Es soll eine ganze Summe für eine Garnisonkirche in Hannover verwendet sein. Die Kirche ist noch nicht fertig, wer gibt das Geld dazu her? Es sollen Pensionen gewährt sein, z. B. für den Cabinettssekretär Meding. Soll die Pension auf den Staatshaushalt übergehen? Dagegen würde ich doch Widerspruch erheben. Zu den Rostgängern des Repräsentationsfonds soll der Cardinal Melchers in Rom gehören. (Heiterkeit.) Der Cardinal ist niemals thätig gewesen zur Abwehr der feindlichen Besitzungen des Königs Georg. Es soll der Regierung daran gelegen gewesen sein, den Cardinal Melchers von seinem Erzbistum Köln loszulösen und ihn in die Cardinalsstellung zu bringen. Vielleicht giebt die Regierung darauf eine bündige Erklärung. Wir werden eine commissarische Berathung beantragen, durch welche die Zustimmung der Landesvertretung zur Aufhebung der Beschlagnahme erforderlich gemacht wird. Die gegenwärtige Zeit ist so reich an Überraschungen, daß wir nicht in der Lage sind, auf unsere Rechte zu Gunsten der Krone zu verzichten.

Minister Miquel: Die Vorlage ist aus der hochherzigen Initiative des Kaisers hervorgegangen, welcher den Zeitpunkt zur Aufhebung der Beschlagnahme für gekommen erachtete und welcher der Provinz Hannover einen Beweis seines Vertrauens geben wollte. Das Staatsministerium hat nicht gezögert, die Vorlage einzubringen in der Absicht, sobald einige kleine entgegenstehende geschäftliche Hindernisse beseitigt seien werden, die Beschlagnahme aufzuheben. Die Form ist lediglich durch diese kleinen geschäftlichen Hindernisse bedingt, es soll nicht eine langdauernde Vollmacht ertheilt werden. Wenn Sie fragen, warum lautet die Vorlage nicht: Die Beschlagnahme wird aufgehoben, so lautet die Antwort: Der Vertrag von 1867 würde dann unmittelbar in Kraft treten. Der Vertrag bedarf aber, schon wegen der verlorenen Zeit, einiger Änderungen, und auch die Befestigung einiger Zweifel ist notwendig. Es ist erwünscht, daß von vornherein nach allen

diesen Richtungen hin die Sachlage geklärt wird; nach der Aufhebung der Beschlagnahme können doch keine Verhandlungen mehr stattfinden. Daß die Beschlagnahme auf unbestimmte Zeit vertragt werden könnte, war gar nicht zu denken. In der Commission könnte über die Einzelheiten keine Auskunft gegeben werden. Dahin wird commissarische Berathung nicht führen, daß über die einzelnen Verwendungsarten der Gelder Auskunft ertheilt wird. Die Regierung ist zur Rechnungslegung nicht verpflichtet. Die Gelder sind verweckt zu Ausgaben in politischer und politischer Richtung. Es ist also klar, daß die Regierung weder rechtlich verpflichtet ist, noch in der Sache wohlthun würde, einzelne Fragen entweder mit Ja oder mit Nein zu beantworten. Ich möchte Sie daher bitten, wenn ich die Frage des Abg. Richter nicht beantworte (hört, hört links), keineswegs daraus herzuleiten, daß das Schweigen eine Zustimmung enthalte.

Das Schweigen bedeutet in diesem Falle nichts. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen nur empfehlen, da über die Aufhebung der Beschlagnahme allgemeines Einverständnis herrscht, die Beschlußfassung nicht zu verzögern. Die Regierung ist gewiß ihrerseits erfreut, daß sie sich der Vermögensverwaltung in Zukunft nicht weiter zu unterziehen braucht. Daß die Aufhebung den Wünschen der Provinz Hannover entspricht, geht aus den einstimmigen Beschlüssen des hannoverschen Provinziallandtags hervor. Es ist in der Presse die Frage aufgekommen, wie denn nun die auf 16 Mill. Thaler bemessene Abfindung gesichert werden soll. In dem betreffenden Anthegefecht ist vorgeschrieben, daß zur Auslieferung der Summe die Zustimmung des Landtages erforderlich ist, sonst bleiben die Gelder in der Hand der Krone Preußens. Ich bitte, diesem Gesetzentwurf, da mit in Ziel und Sache einverstanden sind, ohne commissarische Berathung Ihre Zustimmung ertheilen zu wollen.

Abg. v. Heereman (Centr.): Wir begrüßen die Vorlage mit Freude und werden ihr unsere Zustimmung ertheilen, in der Hoffnung, daß die Regierung ohne Verzug die weiteren Schritte einleitet. Wir wollen die Vorlage schnell erledigen und halten deshalb eine Commissonsberathung, trocken die Erklärung des Finanzministers in einigen Punkten klarend gewirkt hat.

Minister Miquel: Ich möchte die Stellung des Abg. Richter zu den in ihm hier gestellten Fragen und den Consequenzen, die er aus deren Nichtbeantwortung zieht, nicht unwiderrufe lassen. Ich werde alle derartigen Fragen über Einzelheiten nicht beantworten. Es kann jedoch aus einzelnen nicht beantworteten Fragen nicht geschlossen werden, daß man sie nicht mit Nein beantworten kann. Es wird vielleicht in der Commission eine Frage nach der anderen kommen, und jedes Mal wird man dann aus meinem Schweigen herleiten, was der Antragsteller bejaht oder verneint wissen will. Die Verwendungen aus dem Fonds haben gar nicht durch den Finanzminister stattgefunden und ich bin im Interesse des Landes nicht berechtigt, darauf zu antworten.

Abg. Gaffler (nat.-lib.): Als eingeborener der Provinz, welcher hier Vertrauen entgegengebracht wird, spreche ich mich für die Vorlage aus. Eine Commissonsberathung halte ich für notwendig, weil dafür gesorgt werden muß, daß der Landtag nicht für den Fall eines Scheiterns der schwedenden Verhandlungen sein Mitwirkungsrecht aus der Hand giebt.

Abg. Briel (Wels.): Ich glaube die Sache zu fördern, wenn ich mich eines Eingreifens in die Debatte enthalte.

Abg. Richter: Ich will meine Anfragen befränken auf diejenigen Verbindlichkeiten, die über die Dauer der Beschlagnahme noch hinausgehen. Um das klarzustellen, halte ich eine Commissonsberathung für notwendig.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen des Centrums einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Sterbe- und Grablegenheit bei Pfarrstellen sowie die kirchliche Aussicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden innerhalb der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen der Monarchie.

Abg. Richter (zur Geschäftsortordnung): Es handelt sich wieder um eine Gehegesvorlage aus dem Ressort des Cultusministeriums und ich beanfrage die Abschaltung der Vorlage.

Abg. v. Cynern (nat.-lib.): Ich schließe mich diesem Wunsche an.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt.

Abg. Richter: Da ein verantwortlicher Minister nicht zur Stelle ist, halten wir es für angezeigt, uns an der Debatte nicht zu beteiligen.

Abg. v. Bachem (Centr.): Ich erkläre darauf, daß das Centrum sich, da es sich um eine innere Angelegenheit der evangelischen Kirche handelt, der Discussion enthalten und nur abstimmen werde.

Damit ist die erste Berathung der Vorlage erledigt.

Abg. v. Cynern stellt darauf den Antrag, die zweite Berathung auszuführen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen, Freiconservativen und einiger Mitglieder des Centrums abgelehnt, nachdem vorher die Linke nach der Ablehnung des Antrages Richter zum großen Theil den Saal verlassen hat.

Der Gesetzentwurf wird darauf in zweiter Berathung ohne jede Discussion angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

kanalisierten Saar bis zur preußischen Grenze, den Rhein-Rhonekanal von Straßburg bis Mühlhausen und den Holzmarer Kanal zu vertiefen und die auf den betreffenden Kanalstrichen vorhandenen Schleusen zu verlängern. Ein hierauf bezüglicher Gesetzentwurf soll bereits dem Bundesrat zugegangen sein.

[*Zur Geschichte der Welfenfondsvorlage.*] Ein Berliner Brief der in den englischen Höfen und diesen nahestehenden Gesellschaftskreisen der britischen Aristokratie weiterverbreiteten „St. James's Gazette“ führt die neueste Wendung in der Behandlung der Welfenfonds-Frage zu einem großen Theile auf die Intervention der Königin Victoria zurück. Während des Besuches, den der Kaiser im Herbst 1890 zu Osborne abstattete, hätte Ihre Majestät an die Ritterlichkeit seiner Gefinnung beihufs Abnahme eines Compromisses appelliert, wäre es auch nur aus Rücksicht auf die Königin Maria von Hannover und deren Töchter, welche ohne eigenes Verschulden jahrelange Armuth zu erleiden hatten. Das Gewicht dieses Hinweises wäre verstärkt worden durch ein persönliches Zusammentreffen des Kaisers mit Prinzessin Friederike von Hannover, welche letztere nur dank der freigiebigen Unterstützung seitens der Königin Victoria vor wirklichem Mangel bewahrte geblieben. Alles das sei nicht ohne Eindruck auf den Kaiser geblieben, welcher damals die Lösung dieser Frage herbeizuführen beschlossen habe.

Wenn dies nicht schon eher geschehen, so liege das nicht an dem Kaiser, sondern müsse dem bei nahe kindlichen Widerstreben des Herzogs von Cumberland, den Kaiser öffentlich als Souverän von Hannover anzuerkennen, zur Last gelegt werden. Bis vor einigen Wochen wäre die Herbeiführung einer Sinnesänderung des Herzogs noch sehr zweifelhaft erschienen. Dann aber sei der Landesdirector von Hannover, Baron von Hammerstein, ein vertrauter Freund des hochseligen Königs, in die Presse getreten und habe den Herzog vermoht, sich in das Unabänderliche zu finden. Wie schwierig diese Aufgabe war, gehe daraus hervor, daß selbst so erlaute Persönlichkeiten wie der Herzog von Cambridge, und so ausgezeichnete Staatsmänner wie Herr Windhorst, Jahre lang sich vergebens um ihre Lösung nach Kräften bemüht hätten.

[*Zur Preisgabe über die Central-Invaliden-Kasse des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker*] vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht ist durch Vergleich erledigt und die Sequestration aufgehoben worden. Bekanntlich war während des Strikes von Mitgliedern des Unterstützungsvereins eine gerichtliche Beschlagnahme der Gelder des Invalidenfonds erwirkt worden, um zu verhindern, daß Invalidengelder zu Strikezwecken verwandt würden.

[*Zahlreiche Verhaftungen von Socialdemokraten*] finden nach der „Frankl. Igt.“ in Magdeburg wegen Verbreitung verböterner Schriften, speziell eines den Fall Peus schriftgelehrten Flugblattes statt. Bis jetzt sind sieben Personen verhaftet, darunter auch der Expedient der dortigen „Volksstimme“.

[*Die Berathungen über die landwirtschaftliche Statistik*, welche unter dem Vorsitz des Directors des kaiserlichen statistischen Amts in einer Conferenz landwirtschaftlicher und statistischer Fachmänner vom 14. bis 17. d. M. stattgefunden haben und an welche sich am 18. und 19. eine Besprechung von Vertretern deutscher statistischer Centralstellen über die technische Durchführung der empfohlenen Massregeln anschloß, haben, schreibt der „Reichsanzeiger“ zu einer Reihe von Vorschlägen geführt, deren Annahme eine wesentliche Förderung der landwirtschaftlichen Statistik des Reiches bedeuten würde, namentlich in dem Sinne, daß ihre Ergebnisse mehr als bisher für die Zwecke der Verwaltung und für andere praktische Interessen nutzbar gemacht werden könnten.

[*Münzprägung.*] Nach der Uebersicht über die auf den deutschen Münzstätten im Jahre 1891 erfolgten Ausprägungen von Reichs-Gold- und Silbermünzen sind an Reichsgoldmünzen im Betrage von 59.188.320 Mk. 2.752.457 Doppelpfennige und 413.918 Kronen geprägt worden. Die Ausprägung der halben Kronen ist bekanntlich schon seit längerer Zeit eingestellt worden. Die Goldmünzen entstammen den Münzstätten Berlin, Mündau, Hütte, Stuttgart und Karlsruhe. Der Feingehalt der Münzen aus Berlin betrug 900,05, der aus der Mündauer Hütte 899,856 aus Stuttgart 900,5 und der aus Karlsruhe 900,1. An Reichsilbermünzen sind in den Münzstätten Berlin, München, Mündau, Hütte, Karlsruhe und Hamburg im Betrage von 4.786.775 Mk. 381.925 Fünfmarkstücke, 1.083.037 Zweimarkstücke und 711.076 Einmarkstücke geprägt worden.

Gießen. 21. März. Die Ernennung des Polizeipräsidenten Grafen zu Golsberg zum Regierungspräsidenten in Aachen ist nunmehr erfolgt. Zum Nachfolger ist der Landrat Thon in Goslar bestimmt.

Hamburg. 21. März. Die in Umlauf befindlichen Gerüchte über die Demission des Directors Ballin der Hamburgisch-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaften nach Mittheilungen aus bester Quelle jeder Begründung.

Karlsruhe. 21. März. Der Großherzog ist durch eine Erhöllung genötigt, das Bett zu hüten; es wohnten daher die Frau Großherzogin und der Erbgroßherzog der heutigen Trauferfeier für den Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen bei und kehrten am Abend hierher zurück.

München. 21. März. [Räder der Abgeordneten.] Beim Poststall erklärte Minister v. Crailsheim eine Herabsetzung der Telegraphenvgebühr für unthunlich. Die Erfüllung der Wünsche betrifft facultativer Packelzustellung und Errichtung höherer Postdienststellen sei gegenwärtig unmöglich. Die Portofreiheit für die Armenpflegeschräte wäre ungelehrlich.

Austria-Ungarn. Pest, 21. März. Der Reichstagsabgeordnete Géza Goetze hat sich erschossen. (W. L.)

Schweiz. Bern, 21. März. Die freisinnigen bernischen Mitglieder der Bundesversammlung beschlossen, aus der radikal-demokratischen Gruppe auszuscheiden, womit letztere gesprengt sei. (W. L.)

Frankreich. Paris, 21. März. Der neuernannte englische Botschafter Marquis of Dufferin überreichte heute dem Präsidenten der Republik in feierlicher Audienz sein Beglaubigungsschreiben und bezeichnete es dabei als seine Aufgabe, mit allen Kräften die guten Beziehungen zwischen Frankreich und England zu pflegen. Präsident Carnot versicherte dem Botschafter seine Unterstützung bei der Erfüllung dieser Mission. (W. L.)

